

Die sieben Probleme des unternehmerischen Staats

Auch große Erfindungen müssen marktreif gemacht werden – das ist Aufgabe der BWL / *Von Robert Obermaier*

In der F.A.Z. vom 24. Juni hat der Wirtschaftswissenschaftler Horst Wildemann an dieser Stelle bezweifelt, dass der Markt allein den Innovationsmotor Deutschlands wieder in Schwung bringen könne. Stattdessen rühmte er „die gewaltige Katalysefunktion, die ein Staat entfalten kann, wenn es darum geht, Neues in die Welt zu bringen“. Er bezieht sich damit, ohne es auszusprechen, auf die Idee des „entrepreneurial state“, wie sie seit einigen Jahren insbesondere von der Ökonomin Mariana Mazzucato propagiert wird, und unterstreicht damit, dass Industriepolitik derzeit groß in Mode ist.

Ausgangspunkt dieser Idee ist zum einen die Mutmaßung, der Markt versage bei der Identifizierung und Ausnutzung potentiell erfolgreicher Innovationen, und zum anderen der Glaube, die Lösung dieses Problems liege – wie der Name schon sagt – in einem „entrepreneurial state“. Denn dieser wisse besser, welche Innovationen das größte Zukunftspotential hätten. Dieses Konzept krankt an sieben Problemfeldern.

Erstens vermischt es Invention und Innovation. Denn das gerne als Beispiel bemühte iPhone ist ganz eindeutig eine im marktlichen Wettbewerb entstandene Innovation, die zweifellos auf einer Reihe grundlegender technischer Erfindungen (Inventionen) wie dem Internet, dem Positionsbestimmungssystem GPS, dem

Touchscreen oder der Spracherkennung mit Künstlicher Intelligenz (KI) aufsetzt. Daher hat der amerikanische Staat das iPhone gerade nicht „über die Schwelle erster Prototypen“ gehievt. Vielmehr hat sich diese Innovation im Markt gegen Konkurrenten durchgesetzt, denen alle genannten Grundlagentechnologien ebenfalls zur Verfügung standen.

Zweitens beruht die Idee des „entrepreneurial state“ auf nur wenigen Einzelbeispielen, die keine kausalen Rückschlüsse von staatlicher Industriepolitik auf den Innovationserfolg erlauben. Stattdessen gibt es eine Reihe von Fehlschlägen, wie das Windkraftprojekt Growian, die Magnet-schwebebahn Transrapid, das Satellitenprojekt Galileo, das Suchmaschinenprojekt Quaero oder das Cloud-Projekt Gaia-X bis zur Lkw-Maut. Das verdeutlicht, wie wenig Politiker und Bürokraten darüber wissen (können), welche Lösung sich am Markt durchsetzen wird.

Drittens fehlt eine Kosten-Nutzen-Analyse der öffentlichen Maßnahmen. Studien belegen ungeachtet aller methodischen Schwierigkeiten sehr deutlich die geringe Effizienz staatlicher Interventionen und Förderprogramme. Allenfalls kurzfristige Effekte sind feststellbar, die eher zu wenig nützlichen Überinvestitionen bei den Empfängern von Förderungen führen (sugar rush) als zu substanziellen Multiplikatoreffekten.

Viertens fehlt dem „entrepreneurial state“ nicht nur die empirische Basis, sondern auch die theoretische Grundlage. Innovative Unternehmen und Start-ups sind ganz im Sinne von Joseph Schumpeters „schöpferischer Zerstörung“ dazu da, im Wege von Versuch und Irrtum herauszufinden, ob sie sich gegen die Konkurrenz durchsetzen können. Es ist somit der „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ nach August von Hayek, der die Gewinner identifiziert. Denn der offene Markt kann mit verteilten Informationen und Unsicherheit besser umgehen, als zentrale Planungsbehörden es können.

Fünftens ist auch die Vorstellung problematisch, den Staat als Risikokapitalgeber einzusetzen, der Innovationen vorfinanziert, die dann von privaten Kapitalgebern weiterfinanziert werden. Denn dies überschätzt einerseits die finanziellen Spielräume und andererseits auch den Zweck von Steuermitteln, die nicht dafür gedacht sind, den späteren kommerziellen Erfolg für wenige Investoren abzusichern, die zudem mit weniger Kapitaleinsatz einen kostenlosen Renditehebel zulasten der Allgemeinheit nutzen könnten.

Sechstens können staatliche Interventionen und Förderprogramme sogar nachteilige Auswirkungen auf das Verhalten von Unternehmen haben, wenn Unternehmen nämlich damit beginnen, ihre Ressourcen zunehmend in die Richtung

der Akquise von Fördermitteln zu lenken, anstatt sich um die Steigerung ihrer Produktivität und den Markterfolg zu kümmern.

Siebtens sind weder Politiker noch Bürokraten frei von Eigeninteressen. Politiker legen gerne öffentlichkeitswirksame Förderprogramme auf, die Bürokratie hat ein Interesse an großen Budgets, und je mehr staatliche Budgets bereitgestellt werden, umso mehr werden Unternehmen in die politische Sphäre gezogen, um dort ihren Vorteil zu suchen.

Trotz allem kommt dem Staat ganz zweifellos eine bedeutende Rolle für die Finanzierung von Grundlagenforschung und entsprechenden technologischen Erfindungen aufgrund ihres Charakters als öffentliches Gut über Universitäten und andere Forschungsinstitutionen zu. Das betriebswirtschaftliche Innovationsproblem aber besteht weniger in der Invention als in der Generierung von Markterfolgen. Das hierfür nötige Wissen kann besser von im Wettbewerb stehenden Unternehmen generiert werden als von Bürokraten oder Politikern. Hingegen ist die Gewährleistung funktionierender Wettbewerbsmärkte eine weit bedeutendere ordnungspolitische Aufgabe.

Robert Obermaier ist Professor für Betriebswirtschaftslehre (BWL) an der Universität Passau, deren Vizepräsident für Forschung er auch war.